



Untersuchungshaft

Allgemeine Grundsätze

Grund für den Freiheitsentzug in der Untersuchungshaft ist die **Sicherstellung eines ordnungsgemäss verlaufenden Strafverfahrens**.¹ Bis zu ihrer rechtskräftigen Verurteilung gilt jede Person als unschuldig (Unschuldsvermutung).²

Im Lichte der Unschuldsvermutung und mit Blick auf das **Verhältnismässigkeitsprinzip** sollten die Haftbedingungen von Personen in Untersuchungshaft nur insofern eingeschränkt werden, als es der **Haftzweck oder die Ordnung und Sicherheit** in der Vollzugseinrichtung erfordern.³ **Systematische Einschränkungen** zur Erleichterung des Betriebs in der Vollzugseinrichtung sind deshalb **nicht zulässig**.⁴

Die Ausgestaltung des Vollzuges für Personen in Untersuchungshaft darf nicht dadurch beeinflusst werden, dass sie möglicherweise wegen einer Straftat verurteilt werden.⁵

Personen in Untersuchungshaft sind vielmehr **entsprechend dieser Rechtstellung zu behandeln**.⁶ So darf die Untersuchungshaft **nicht wie eine Bestrafung** wirken, da dies einer Verurteilung gleichkommen würde.⁷

Weiter hat sich der Vollzug von Untersuchungshaft umso mehr am **Normalisierungsgrundsatz** zu orientieren, als die betroffenen Personen nicht oder noch nicht verurteilt sind, und ist **möglichst schadensmindernd und menschlich** auszugestalten, so dass mit dem Freiheitsentzug einhergehende entsozialisierende Auswirkungen so weit wie möglich eingedämmt werden.⁸

Anordnung und Aufhebung

Die Untersuchungshaft beginnt mit der **Anordnung durch das Zwangsmassnahmengericht** und endet mit dem Eingang der Anklage beim erstinstanzlichen Gericht, dem vorzeitigen Antritt einer freiheitsentziehenden

¹ KÜNZLI JÖRG/FREI NULA/SCHULTHEISS MARIA, Untersuchungshaft, Menschenrechtliche Standards und ihre Umsetzung in der Schweiz, Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR), Bern 2015, (zit. KÜNZLI/FREI/SCHULTHEISS), S. 8.

² Art. 32 Abs. 1 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV) vom 18. April 1999, SR 101; Art. 10 Abs. 1 Schweizerische Strafprozessordnung (StPO) vom 5. Oktober 2007, SR 312.0; Art. 14 Abs. 2 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Pakt II) vom 16. Dezember 1966, SR 0.103.2; Art. 6 Abs. 2 Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) vom 4. November 1950, SR 0.101.

³ Art. 32 BV; Art. 235 StPO; Empfehlung Rec(2006)13 des Ministerkomitees des Europarates über die Anwendung von Untersuchungshaft, die Bedingungen, unter denen sie vollzogen wird, und Schutzmassnahmen gegen Missbrauch (zit. Empfehlung Rec(2006)13), 27. September 2006, Ziff. 5; NKVF, Tätigkeitsbericht 2014, S. 32; Vgl. KÜNZLI/FREI/SCHULTHEISS, S. 30; HÄRRI MATTHIAS, Auswirkungen der Unschuldsvermutung auf das Recht der Untersuchungshaft, AJP 2006, S. 1217-1226, S. 1218.

⁴ NKVF, Tätigkeitsbericht 2014, S. 32; KÜNZLI/FREI/SCHULTHEISS, S. 4 und 9.

⁵ Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Empfehlung Rec(2006)2 des Ministerkomitees des Europarates, 11. Januar 2006, (zit. Europäische Strafvollzugsgrundsätze), Ziff. 95.1.

⁶ Art. 10 Abs. 2 lit. a UN-Pakt II; Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für die Behandlung der Gefangenen (zit. Nelson-Mandela-Regeln), Res. 70/175 der UN-Generalversammlung vom 17. Dezember 2015, A/RES/70/175, Regel 111 Ziff. 2; Regeln der Vereinten Nationen für den Schutz von Jugendlichen, denen die Freiheit entzogen ist, Res. 45/113 der UN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1990, A/RES/45/113, Ziff. 17; Grundsatzkatalog für den Schutz aller irgendeiner Form von Haft oder Strafgefängenschaft unterworfenen Personen (zit. UN-Grundsatzkatalog), Res. 43/173 der UN-Generalversammlung vom 9. Dezember 1988, A/RES/43/173, Grundsatz 8; Empfehlung Rec(2006)13, Ziff. 5; KÜNZLI/FREI/SCHULTHEISS, S. 10 f. m.w.H.

⁷ Empfehlung Rec(2006)13, Ziff. 3 Abs. 3.

⁸ NKVF, Tätigkeitsbericht 2014, S. 31; HÄRRI MATTHIAS, Art. 235 Abs. 1 StPO, N 5, in: NIGGLI MARCEL A./WIPRÄCHTIGER HANS (HRSG.), Strafrecht II, Art. 111-392 StPO, Basler Kommentar, 3. Auflage, Basel 2013 (zit. BSK StPO-HÄRRI).

Sanktion oder mit der Entlassung der beschuldigten Person während der Untersuchung.⁹

Die Untersuchungshaft darf nur so lange dauern, wie die Voraussetzungen für die Haft gegeben sind, nie aber die **Dauer** der gegebenenfalls wegen der fraglichen Straftat zu verhängenden Freiheitsstrafe überschreiten.¹⁰ In der Regel sollte die Dauer in einem angemessenen Verhältnis zu dieser stehen.¹¹

Vollzugsgrundsätze

Vollzugsort

Gemäss der StPO wird Untersuchungshaft in der Regel in Vollzugseinrichtungen vollzogen, „die diesem Zweck vorbehalten sind und daneben nur dem Vollzug kurzer Freiheitsstrafen dienen“.¹²

Werden Personen in einem Gefängnis untergebracht, in welchem auch andere Formen des Freiheitsentzugs vollzogen werden, ist dem **Trennungsgrundsatz** besondere Beachtung zu schenken.¹³

Eine Einweisung in ein Spital oder in eine **psychiatrische Klinik** ist möglich, wenn dies aus medizinischen Gründen angezeigt ist.¹⁴

Die maximale Dauer der Unterbringung in einer Einrichtung, welche über kein Angebot an

sinnvoller Beschäftigung und Aktivitäten sowie über keinen internen Gesundheitsdienst verfügt und keine Möglichkeit des Gruppenvollzugs vorsieht, sollte **einen Monat nicht überschreiten**.¹⁵

Haftregime

Personen in Untersuchungshaft sollen täglich so viele Stunden **ausserhalb ihrer Zellen** verbringen, wie dies für ein angemessenes Mass an zwischenmenschlichen und sozialen Beziehungen notwendig ist.¹⁶ **Nach Möglichkeit** sollten es mindestens 8 Stunden sein.¹⁷ Die Mindestaufenthaltsdauer ausserhalb der Zelle gilt umso mehr, wenn die Haftbedingungen während der Untersuchungshaft, namentlich durch chronische Überbelegung, erschwert sind. Der **Gruppenvollzug** trägt der Unschuldsvormutung Rechnung und ist deshalb **besonders zu fördern**. D.h. die Zellen der Betroffenen sollten den ganzen Tag offen sein, so dass diese sich möglichst frei in der Abteilung bewegen und die Mahlzeiten gemeinsam einnehmen können.¹⁸

Mit Blick auf die Unschuldsvormutung lässt sich ein **Zelleneinschluss von mehr als 20 Stunden** nur in Ausnahmefällen rechtfertigen und ist ansonsten – insbesondere wenn nur Fluchtgefahr, aber keine Kollisionsgefahr vor-

⁹ Art. 220 Abs. 1 StPO.

¹⁰ Art. 212 Abs. 3 StPO; Empfehlung Rec(2006)13, Ziff. 22.1 und 22.2.

¹¹ Art. 212 Abs. 3 StPO; Empfehlung Rec(2006)13, Ziff. 22.2.

¹² Art. 234 Abs. 1 StPO.

¹³ Art. 234 Abs. 1 StPO; Art. 10 Abs. 2 lit. a UN-Pakt II; Nelson-Mandela-Regeln, Regeln 11 (b) und 112 Ziff. 1; Havanna-Regeln, Ziff. 17; UN-Grundsatzkatalog, Grundsatz 8; Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 18.8 lit. a; MRA, Allgemeine Bemerkung Nr. 21 zu Artikel 10 (Menschliche Behandlung von inhaftierten Personen), 1992, Ziff. 9; KÜNZLI/FREI/SCHULTHEISS, S. 31: Die getrennte Unterbringung soll der Unschuldsvormutung praktischen Nachdruck verleihen.

¹⁴ Art. 234 Abs. 1 StPO.

¹⁵ Vgl. NKVF, Bericht an den Regierungsrat des Kantons Aargau betreffend den Besuch der NKVF in den Bezirksgefängnissen Aarau Telli, Aarau Amtshaus, Baden, Zofingen und Kulm vom 20. bis 21. August 2019, Ziff. 21.

¹⁶ Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 25.2.

¹⁷ Living space per prisoner in prison establishments: CPT standards, CPT/Inf(2015)44, Anhang; Gefängnishaft, Auszug aus dem 2. Jahresbericht des CPT (zit. CPT/Inf(92)3-part2), Ziff. 47; Report to the Polish Government on the visit to Poland carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 5 to 17 June 2013, 25 June 2014, CPT/Inf (2014) 21 (zit. CPT, Bericht Polen 2014), Ziff. 43; Report to the Norwegian Government on the visit to Norway carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 28 May to 5 June 2018, 17 January 2019, CPT/Inf(2019)1 (zit. CPT, Bericht Norwegen 2019), Ziff. 87.

¹⁸ NKVF, Tätigkeitsbericht 2014, S. 45.

liegt – rechtswidrig.¹⁹

Während der Untersuchungs- und Sicherheitshaft gilt keine Arbeitspflicht.²⁰ Personen in Untersuchungshaft ist jedoch **Gelegenheit zur Beschäftigung** (Arbeit) zu geben.²¹ Die Beschäftigungsmöglichkeiten sollten sich in ähnlichem Rahmen wie bei Personen im Straf- und Massnahmenvollzug bewegen, wobei eine systematische Benachteiligung unbedingt zu vermeiden ist.²² Falls Personen in Untersuchungshaft arbeiten, müssen sie hierfür angemessen entschädigt werden.²³

Informationen an die inhaftierten Personen

Jede Person soll bei Eintritt und während des Vollzugs in umfassender Weise und in einer für sie verständlichen Sprache über ihre **Rechte und Pflichten** sowie über die **geltenden Vollzugsvorschriften** in der Vollzugseinrichtung **informiert** werden.²⁴ Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf einer adäquaten Information von Analphabeten und ausländischen Staatsangehörigen liegen.²⁵

Personen, welche in Untersuchungshaft genommen werden, haben das **Recht**, ihre nächsten Angehörigen benachrichtigen zu lassen.²⁶

Gem. Art. 214 Abs. 1 StPO obliegt den Behörden eine **Pflicht**, umgehend die **Angehörigen zu informieren**, wenn eine Person in Untersuchungshaft genommen wird.²⁷

Kontakte zur Aussenwelt und Kontakte innerhalb der Vollzugseinrichtung

Aus dem **Recht auf persönliche Freiheit**²⁸ fliesst der **Anspruch auf Kontakt mit anderen Menschen**.²⁹ Gleich wie im Strafvollzug sind die Kontakte zur Aussenwelt zu fördern, um den Eingewiesenen nach dem Freiheitsentzug den **Wiedereinstieg** ins normale Leben zu erleichtern.³⁰

Familienbeziehungen müssen so normal wie möglich gepflegt werden können.³¹ Wenn möglich sollen Eingewiesene in einer **in der Nähe ihrer sozialen Kontakte** liegenden Vollzugseinrichtung untergebracht werden.³²

Vor allem mit Blick auf die Unschuldsvermutung sollten Personen in Untersuchungshaft das Recht haben, mit ihren Angehörigen und anderen Personen ausserhalb der Vollzugseinrichtung so oft wie möglich brieflich, telefonisch oder über andere Formen zu kommunizieren und Besuche von ihnen zu empfangen.³³

¹⁹ NKVF, Tätigkeitsbericht 2014, S. 45; KÜNZLI/FREI/SCHULTHEISS, S. 46.

²⁰ Z.B. BGE 106 Ia 277 E. 6a S. 287 f.; Nelson-Mandela-Regeln, Regel 116; Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 100.1.

²¹ Nelson-Mandela-Regeln, Regel 116; Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 100.1.

²² Z.B. CPT, Bericht Polen 2014, Ziff. 49; KÜNZLI/FREI/SCHULTHEISS, S. 47 und 50 f.; NKVF, Tätigkeitsbericht 2014, S. 46.

²³ Nelson-Mandela-Regeln, Regel 116; vgl. Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 100.2.

²⁴ Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 30.1 i.V.m. Ziff. 15.2; Nelson-Mandela-Regeln, Regel 54; Grundsätze der Vereinten Nationen für die Behandlung weiblicher Gefangener und für nicht freiheitsentziehende Massnahmen für weibliche Straffällige (zit. Bangkok-Regeln), Res. 65/229 der UN-Generalversammlung vom 21. Dezember 2010, A/RES/65/229, Regel 2 Ziff. 1.

²⁵ CPT, Bericht Norwegen 2019, Ziff. 25.

²⁶ Art. 31 Abs. 2 BV.

²⁷ Siehe hierzu Rapport au Conseil fédéral suisse relatif à la visite effectuée en Suisse par le Comité européen pour la prévention de la torture et des peines ou traitements inhumains ou dégradants (CPT) du 24 septembre au 5 octobre 2007, 13 novembre 2008, CPT/Inf(2008)33, Ziff. 47 mit der Empfehlung, die Ausnahmen von dieser Pflicht in Art. 214 Abs. 2 StPO mit geeigneten Garantien zu ergänzen.

²⁸ Art. 10 Abs. 2 BV.

²⁹ NKVF, Tätigkeitsbericht 2014, S. 38.

³⁰ CPT/Inf(92)3-part2, Ziff. 51.

³¹ Art. 84 Abs. 1 und Art. 90 Abs. 4 Schweizerisches Strafgesetzbuch (StGB) vom 21. Dezember 1937, SR 311.0; Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 24.4; EGMR, Öcalan gegen Türkei, 24069/03, 197/04, 6201/06 und 10464/07 (2014), Ziff. 127 ff.; Siehe dazu auch BGER 6B_80/2014 vom 20. März 2014, E. 1.3.

³² Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 17.1; Nelson-Mandela-Regeln, Regel 59; Bangkok-Regeln, Regel 4.

³³ Art. 84 Abs. 1 und Art. 90 Abs. 4 StGB; Vgl. Bangkok-Regeln, Regel 26 und 43; Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 24.1; Vgl. CPT/Inf(92)3-part2, Ziff. 51; Vgl. Art. 17 Abs. 2 lit. d Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen vom 20. Dezember 2006, SR 0.103.3; Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 99 lit. b; EGMR, Laduna gegen Slowakei, 31827/02 (2011), Ziff. 64 ff.

Kontakte zur Aussenwelt können jedoch für Personen in Untersuchungshaft eingeschränkt oder überwacht werden, wenn dies zur **Sicherstellung des Strafverfahrens**, zur **Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung**, zur **Verhütung von Straftaten** oder zum **Schutz von Opfern** erforderlich ist.³⁴

Aussenkontakte in Form von Besuchen und Telefonaten unterstehen deshalb der **Bewilligung** durch die Verfahrensleitung.³⁵ Dieses Bewilligungserfordernis kann jedoch nur so weit gelten, als der **Haftzweck** durch einen Kontakt der inhaftierten Person mit einer anderen Person **ernsthaft gefährdet** werden kann.³⁶ Trotz Einschränkungen muss stets ein annehmbares Mindestmass an Kontakten gewährt werden.³⁷

Generelle Verbote durch schematische gesetzliche Regelungen oder faktisch einschränkende Rahmenbedingungen (z.B. nur ein Besucher-raum mit Trennscheibe) halten deshalb vor dem Verhältnismässigkeitsgrundsatz **nicht stand**.³⁸

Die Unterbindung bzw. Einschränkung sozialer Kontakte zu **Miteingewiesenen** kann im Einzelfall während einer kurzen **Abklärungs- und Beobachtungsphase** sowie bei mangelnder Gruppenfähigkeit oder einer unmittelbaren Drittgefährdung angezeigt sein. Ist ein Kontaktverbot zu Miteingewiesenen nicht zu vermeiden, sind als Kompensation regelmässige andere soziale

Kontakte, z.B. zum Personal der Vollzugseinrichtung, zu gewähren.³⁹

Gegen Einschränkungen muss **Beschwerde** erhoben werden können.⁴⁰

Medizinische Versorgung

Die Abklärung der **Hafterstehungsfähigkeit** muss von einem Arzt/einer Ärztin oder einer anderen sachkundigen Person durchgeführt werden. Dabei sind drei Punkte zu überprüfen: der **gesundheitliche Zustand** der zu inhaftierenden Person, die **Qualität der Gesundheitsversorgung** sowie die **Angemessenheit der Haftbedingungen** für den Gesundheitszustand der Person.⁴¹

Jede neue Person in Untersuchungshaft soll innerhalb von 24 Stunden von einem Arzt/einer Ärztin oder einer Pflegefachperson, welche dem Arzt/der Ärztin Bericht erstattet, medizinisch befragt und/oder untersucht werden.⁴² Die Vertraulichkeit ist sowohl bei der Eintrittsuntersuchung als auch bei nachfolgenden Untersuchungen zu wahren.⁴³ Bei der Eintrittsuntersuchung ist im Rahmen der **Suizidprävention** auf die **psychische Gesundheit** sowie auf die **Gefahr einer möglichen Selbstverletzung** zu achten.⁴⁴

Personen in Untersuchungshaft müssen die Möglichkeit haben, – auf eigene Kosten – ihren

³³ Art. 84 Abs. 1 und Art. 90 Abs. 4 StGB; Vgl. Bangkok-Regeln, Regel 26 und 43; Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 24.1; Vgl. CPT/Inf(92)3-part2, Ziff. 51; Vgl. Art. 17 Abs. 2 lit. d Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen vom 20. Dezember 2006, SR 0.103.3; Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 99 lit. b; EGMR, Laduna gegen Slowakei, 31827/02 (2011), Ziff. 64 ff.

³⁴ KÜNZLI/FREI/SCHULTHEISS, S. 44; NKVF, Tätigkeitsbericht 2014, S. 49.

³⁵ Art. 235 Abs. 2 StPO; BGE 123 II 221 E. II/1b S. 231 f.; BGer 1B_170/2014 vom 12. Juni 2014, E. 2.2.

³⁶ BSK StPO-HÄRRI, Art. 235 Abs. 2, N 30.

³⁷ Art. 84 Abs. 2 und Art. 90 Abs. 4 StGB; Vgl. Art. 235 Abs. 2 StPO; Europäische Strafvollzugsgrundsätze, Ziff. 24.2; Vgl. KÜNZLI/FREI/SCHULTHEISS, S. 43: Zulässig sind z.B. Einschränkungen für kurze Zeit zu Beginn eines Freiheitsentzugs, um die Gefährlichkeit der inhaftierten Person für Dritte abzuklären.

³⁸ KÜNZLI/FREI/SCHULTHEISS, S. 43; Vgl. NKVF, Tätigkeitsbericht 2014, S. 37.

³⁹ Z.B. CPT, Bericht Norwegen 2000, Ziff. 37 ff.; Vgl. KÜNZLI/FREI/SCHULTHEISS, S. 45.

⁴⁰ Report to the Ukrainian Government on the visit to Ukraine carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 29 November to 6 December 2011, CPT/Inf (2012) 30, Ziff. 50.

⁴¹ EGMR, Mouisel gegen Frankreich, 67263/01 (2002), Ziff. 40; Vgl. auch KÜNZLI/FREI/SCHULTHEISS S. 51; EGMR, Farbtuhs gegen Lettland, 4672/02 (2004), Ziff. 61; EGMR, Gelfmann gegen Frankreich, 25875/03 (2004), Ziff. 55 ff.

⁴² 26th General Report of the CPT, 2016, Ziff. 72.

⁴³ NKVF, Bericht an den Staatsrat des Kantons Wallis betreffend den Besuch der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter im Untersuchungsgefängnis und Polizeiposten Brig vom 28. Mai 2010, Ziff. 18.

⁴⁴ CPT/Inf (93) 12, Ziff. 58.

eigenen Arzt/Zahnarzt zu konsultieren und sich von ihm behandeln zu lassen.⁴⁵

⁴⁵ Empfehlung Rec(2006)13, Ziff. 37 Abs. 2; Empfehlung R(98)7 des Ministerkomitees des Europarates über ethische und organisatorische Aspekte der Gesundheitsversorgung in Gefängnissen vom 8. April 1998, Ziff. 17.